

Offene Fragen der Geschichte Band 8

Chronik von 1952 bis 1986

Wiedergutmachungsleistungen,
Volksaufstand im Juni 1953,
Deutsches Wirtschaftswunder,
Europäische Wirtschaftsgemeinschaft,
Bau der Berliner Mauer,
Internationale Kubakrise,
Vietnamkrieg 1965-1975,
68er Bewegung,
Ratifizierung der Ostverträge,
Unbewältigte Vergangenheit ...

Band 8/022

Chronik vom 25. April 1969 bis zum 5. November 1970

25.04.1969

BRD: Bundesaußenminister Willy Brandt erklärt am 25. April 1969 vor dem Bundestag, daß man nur einige ausgewählte Bände der Dokumentation über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen veröffentlichen wird (x131/183): >>Nachdem die beiden ersten Bände vorlagen, entschieden sich jedoch die beteiligten Stellen mit Billigung des Auswärtigen Amtes, diese Bände zu veröffentlichen.

Für die restlichen Bände kam das Auswärtige Amt zu dem Ergebnis, daß es einstweilen besser sei, über die ursprüngliche Zweckbestimmung nicht hinauszugehen. Dies sollte von vornherein, so meinte mein Amt, das Mißverständnis ausschließen, mit einer massierten Publizierung des Materials werde eine politische Absicht verfolgt und eine Diskussion in der Öffentlichkeit des Inlands oder gar des Auslands provoziert.

Dies hätte bei allen Beteiligten - oder bei vielen Beteiligten - alte Wunden aufreißen können und wäre der auf Versöhnung gerichteten Außenpolitik der Bundesregierung nicht dienlich gewesen. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil schreibt später über die auf "Versöhnung ausgerichtete Außenpolitik" der Bundesregierung (x025/200): >>... Durch opportunistisches Schweigen kann man keine Versöhnung zwischen den Völkern schaffen, allenfalls zwischen Regierungen, und deren Amtsperioden dauern meistens nur 4 Jahre.

Für die Versöhnung zwischen Völkern ist das einzig dauerhafte Fundament die Wahrheit und der Respekt vor den Menschenrechten der anderen.

Wer eine wirkliche Völkerverständigung will, wird alles tun, um so schnell wie möglich alles Trennende zu beseitigen, und dazu gehört nun einmal auch ein Berg von Toten. Man muß sie aber ordentlich bestatten; mit einer Leiche im Keller hat noch keiner Frieden gefunden.<<

26.04.1969

BRD: Die BdV-Bundesversammlung erklärt am 26. April 1969 zur Verjährung von Kriegsverbrechen (x155/151-152): >>... Verbrechen gegen die Menschlichkeit erfordern eine gerechte Sühne in geordnetem Rechtsgang, also nach ausreichender Beweisführung und freier Verteidigung. Um Recht geht es nur, wenn gleiche Straftaten gleicherweise verfolgt werden. Die Vertriebenen fordern im Zusammenhang mit der Verjährungsdebatte endlich die wirksa-

me Beweissicherung auch für Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die an Deutschen begangen wurden. Sie wollen damit weder Verbrechen von Deutschen verschleiern, noch Verbrechen gegeneinander aufrechnen.

Sie wehren sich aber gegen zweierlei Recht und gegen den Versuch, durch einseitige Feststellungen über das Ausmaß solcher Verbrechen dem Unrecht der Vertreibung von Millionen an diesen Verbrechen nicht beteiligten Deutschen eine moralische Scheinbegründung zu geben.

... Der BdV verweist ausdrücklich darauf, daß die Vorbereitung der Vertreibung ganzer Volksgruppen aus ihren Wohnsitzen, die Zerstörung ihrer gesellschaftlichen Ordnung und ihrer kulturellen und geschichtlichen Bindung, die Gefährdung des Lebens vieler Angehöriger deutscher Volksgruppen bei der Vertreibung und die Unterbrechung der Entfaltung der Volksgruppen zu ihren angestammten Wohnsitzen zu den Tatbeständen des Völkermordes zählt.

... Man kann sich nicht zum Selbstbestimmungsrecht für alle Deutschen bekennen, dennoch aber Unrechtstatbestände, die Millionen Deutschen dies Recht verweigern, stillschweigend übergehen oder in das Gegenteil umwandeln. ...

Von verschiedenen Seiten wird behauptet, das Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte könne alsbald aufgelöst oder aufgeteilt werden. Diese Absicht wird vom BdV aus sachlichen und politischen Gründen entschieden zurückgewiesen. Das Ministerium hat noch eine Fülle von Eingliederungsaufgaben zu bewältigen. Darüber hinaus würde die Liquidierung dieses Ministeriums in der öffentlichen Meinung als Liquidierung des Vertriebenenproblems mißverstanden werden. ...

Die Absicht, zur Finanzierung des Flüchtlingsentschädigungsgesetzes (21. LAG-Novelle) eine Milliarde DM oder noch mehr dem Lastenausgleichfonds zu entnehmen, bedeutet Zweckentfremdung der den Vertriebenen und Kriegssachgeschädigten zustehenden Mittel. Sie wird vom BdV entschieden abgelehnt. ...<<

07.05.1969

BRD: Das BdV-Präsidium berichtet am 7. Mai 1969 über Gespräche mit Bundeskanzler Kiesinger und dem CDU-Präsidium (x155/153): >>Bundeskanzler Kiesinger warnte vor den Gefahren einer illusionistischen Politik. Gewisse Bestrebungen, die Anerkennung des Ulbricht-Regimes und der Oder-Neiße-Linie als fortschrittlich hinzustellen, bezeichnete der Bundeskanzler als außerordentlich gefährlich. ...

Dies gilt vor allem auch für das Recht auf die Heimat und die Selbstbestimmung, dem in einem Friedensvertrag Rechnung getragen werden muß. Bei den Friedensverhandlungen soll so viel von Deutschland für Deutschland gerettet werden wie irgend möglich.

CDU und BdV stellen gemeinsam fest, daß eine differenzierte Lösung der Verjährungsfrage in der Bundesrepublik eine gerechte Sühne der Verbrechen gegen die Menschlichkeit sicherstellen würde. Sie sind sich in diesem Zusammenhang darüber einig, daß eine wirksame Beweissicherung dieser Verbrechen auch notwendig ist, soweit sie an Deutschen verübt worden sind.

...<<

10.05.1969

BRD: Reinhold Rehs (1901-1971, Mitglied des Deutschen Bundestages und BdV-Präsident) erklärt am 10. Mai 1969 seinen Austritt aus der SPD und wechselt zur CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

04.06.1969

BRD: Das BdV-Präsidium erklärt am 4. April 1969 in Bonn (x155/156-157): >>... 1. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verpflichtet Parteien, Staatsführung und Bürger, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden. Dieses verfassungsrechtliche Gebot legt die politische Aufgabe fest, nach Wiederherstellung des Staates in seinen rechtmäßigen Grenzen zu streben. Die allgemeinen Regeln des Völkerrechts sind Bestandteil des Bundesrechts. Damit ist die Beachtung der allgemeinen Menschenrechte, des

Selbstbestimmungsrechts, des Rechts auf die Heimat, des Annexionsverbotes verfassungsrechtliche Pflicht für Staat und Gesellschaft gemeint.

2. Die Bundesrepublik Deutschland hat die Obhutspflicht gegenüber allen Vertriebenen übernommen. Diese schließt die Sorge für die in der angestammten Heimat verbliebenen Deutschen ein.

3. Die Deutschlandpolitik muß im Hinblick auf die friedensvertragliche Regelung von der Tatsache ausgehen, daß das Deutsche Reich in seinen völkerrechtlich anerkannten Grenzen fortbesteht. Einen Friedensvertrag kann nur eine gesamtdeutsche Regierung schließen. Verträge über die deutschen Ostgebiete und das Sudetenland können nur mit Zustimmung der Deutschen aus diesen Gebieten geschlossen werden. ...

5. Die deutschen Heimatvertriebenen verbindet eine Geschichte von Jahrhunderten mit den Völkern Ost- und Südosteuropas. Die gewaltsame Lösung aus dieser historischen Gemeinschaft hat sie zu berufenen Verfechtern der europäischen Einigung gemacht. ...

... Das Bundesvertriebenenministerium ist sachlich notwendig, weil Eingliederung und Lastenausgleich noch in Jahren nicht abgeschlossen sein werden und weil die kulturellen Aufgaben fortdauernd bestehen. Zudem ist zu bedenken, daß der Osten aus der Abschaffung des Ministeriums politisch abträgliche Folgerungen ziehen würde.

Die Vertriebenen haben sich als Element der Stabilität auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens bewährt. Aus dieser Tatsache leiten sie nicht nur Pflichten, sondern auch Rechte ab, die sie weiterhin mit allem Nachdruck wahrnehmen werden.<<

08.07.1969

USA: US-Präsident Nixon gibt am 8. Juli 1969 den Abzug von 25.000 US-Soldaten aus Südvietnam bekannt.

Die US-Truppenstärke beträgt danach etwa 518.000 Soldaten (x175/579).

12.07.1969

BRD: Das BdV-Präsidium verurteilt am 12. Juli 1969 die Äußerungen des regierenden Bürgermeisters von Berlin, der sich in Polen für die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze ausgesprochen hatte (x155/158-159): >>Der Bund der Vertriebenen wendet sich gegen die Verharmlosung und Verfälschung der Ausführungen des West-Berliner Bürgermeisters Schütz zur Oder-Neiße-Frage. ...

1. Der Regierende Bürgermeister von West-Berlin war bei seinen Verhandlungen in Warschau um die Wahrung Berliner Interessen bemüht. Darüber hinaus aber hat er eine vom Standpunkt der Bundesregierung, der Parteien einschließlich der SPD, des Berliner Senats und der verbündeten Mächte abweichende Politik betrieben.

Im Gegensatz zu dem einmütigen offiziellen Standpunkt, daß die endgültige Regelung der Oder-Neiße-Frage einem Friedensvertrag mit einer gesamtdeutschen Regierung vorbehalten bleiben muß, fordert Schütz "die Anerkennung der bestehenden Grenzen im Zusammenhang mit einer europäischen Friedensordnung und verbunden mit Verträgen über Gewaltverzicht" in einem Abkommen zwischen der Bundesrepublik und Polen.

Für die Anerkennung dieser gewaltsam geschaffenen "Realitäten" hofft er die Zustimmung Polens für die Anerkennung der "Realität der Zugehörigkeit West-Berlins zur Bundesrepublik Deutschland" zu erreichen. ...<<

Das BdV-Präsidium berichtet ferner am 12. Juli 1969 über die Erstellung und Auswertung einer zusammengefaßten Dokumentation der Vertreibungsverbrechen (x155/160-161): >>Ende Juni hat die Bundesregierung, einer Vorlage von Bundesminister Windelen entsprechend, beschlossen, daß unter Federführung dieses Hauses eine Dokumentation der an Deutschen im Zusammenhang mit der Vertreibung verübten Verbrechen erstellt werden soll.

Die in den Jahren 1953 bis 1961 im Auftrag der Bundesrepublik veröffentlichte, in 5 Hauptbänden und 3 Beiheften zusammengestellte "Dokumentation der Vertreibung", durchweg ei-

desstattliche und wissenschaftlich gesichtete Zeugnisse Vertriebener, sowie die Zehntausenden von noch nicht veröffentlichten im Koblenzer Bundesarchiv aufbewahrten Zeugnisse sollen auf kriminelle Tatbestände untersucht und zusammengestellt werden.

Wie der "Bayern-Kurier" zuverlässig erfahren haben will, haben die SPD-Minister dem Beschluß der Bundesregierung nur zugestimmt, daß er nicht bekanntgegeben werde. Insbesondere Außenminister Brandt habe Bedenken geäußert, eine solche Dokumentation könne im Ausland "mißverstanden" werden.

Man geht aber wohl auch nicht fehl in der Annahme, daß in der zeitweiligen Geheimhaltung des Beschlusses auch Rücksichten auf die "Mission" von Klaus Schütz in Warschau eine Rolle gespielt haben.

Infolge der Veröffentlichung der Hintergründe in dem bayerischen CSU-Blatt sah sich die Bundesregierung jetzt veranlaßt, den Beschluß auch öffentlich zu bestätigen.

Damit ist in gewissem Umfang, aber keineswegs hinreichend, dem seit rund einem Jahrzehnt angestrebten Bemühen des Bundes der Vertriebenen entsprochen worden. Die Vertriebenen fordern jedoch nicht nur eine Dokumentation, sondern eine Sichtung der vorhandenen Unterlagen nach Maßgabe ihrer Verwendbarkeit in einem geordneten Rechtsgang. Zu diesem Zweck wäre eine mit juristischen Experten besetzte Erfassungsstelle ähnlich der in Ludwigsburg oder Braunschweig einzurichten.

Die Vertriebenen gehen bei ihrem Petitum (Gesuch) davon aus, daß die Verfolgung nicht nur von Deutschen, sondern auch an Deutschen verübten Verbrechen im Interesse der historischen Wahrheit und der Unteilbarkeit des Rechtes erforderlich ist und daß ein Verschweigen dieser verbrecherischen Tatbestände durch die Opfer weder moralisch noch politisch zu rechtfertigen ist.

"Verbrechen gegen die Menschlichkeit", so heißt es in einer am 27. April dieses Jahres von der Bundesversammlung des BdV verabschiedeten Entschliebung zur Verjährungsfrage, "erfordern eine gerechte Sühne in geordnetem Rechtsgang, also nach ausreichender Beweisführung unter freier Verteidigung. Um Recht geht es nur, wenn gleiche Straftaten gleichermaßen verfolgt werden." Der Gesamtprozeß der Vertreibung ganzer Volksgruppen stelle den Tatbestand des Völkermordes dar.

Am 13. Juni dieses Jahres hat BdV-Präsident Rehs in einem Schreiben an Bundesjustizminister Ehmke die Verjährungsdebatte zum Anlaß genommen, den zuständigen Minister zu einer entsprechenden Initiative bei den Landesjustizbehörden anzuregen. Ehmke antwortete, daß er sich von einem solchen Schritt keinen Erfolg verspreche. Die Bundesregierung werde allenfalls eine umfassende Dokumentation der Vertreibungsverbrechen unter Federführung des Bundesvertriebenenministers erstellen.

Das und nicht mehr ist beschlossen worden. Der zügigen Initiative und dem Drängen der CDU/CSU ist es zu danken, daß zumindest der Auftrag gegeben wurde, eine Dokumentation zu erstellen. Insbesondere der CDU-Abgeordnete Dr. Czaja hat sich, wie hier mehrfach berichtet worden ist, um die Durchsetzung dieses Vorhabens verdient gemacht.

Wenig bekannt geworden ist, daß sich auch der hervorragende Rechtsexperte der CDU und Mitglied der Europäischen Kommission für Menschenrechte, Staatsminister a.D. Dr. Süsterhenn, während der Verjährungsdebatte des Bundestages nicht nur für die Dokumentation, sondern auch für die Beweissicherung von Vertreibungsverbrechen eingesetzt hat.

Der Bund der Vertriebenen besteht darauf, daß im Anschluß an die Dokumentation eine Zentrale, mit einer genügenden Anzahl von Fachleuten besetzten Stelle eingerichtet wird, die den Auftrag hat, die Aufklärung von Straftaten dieser Art und schließlich auch ein geordnetes Rechtsverfahren im Inland einzuleiten und im betroffenen Ausland zu forcieren.<<

16.07.1969

BRD: Das Bundesarchiv in Koblenz wird am 16. Juli 1969 durch Erlaß des Bundesministers

des Innern aufgefordert, das vorliegende Material über Nachkriegsverbrechen an Deutschen auszuwerten und eine Dokumentation zusammenzustellen.

USA: Das US-Mondlande-Unternehmen "Apollo 11" startet am 16. Juli 1969.

Am 21. Juli 1969 betritt Neil Armstrong (1930-2012) als erster Mensch den Mond mit den Worten: "Das ist ein kleiner Schritt für einen Menschen - aber ein großer für die Menschheit". Ihm folgt Edwin Aldrin (*1930), während Michael Collins (*1931) im Mutterschiff um den Mond kreist und auf die Rückkehr der Landefähre wartet. Alle Phasen des Unternehmens werden durch das US-Fernsehen weltweit übertragen.

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 07/2019 berichtet später (im Juli 2019) über die US-Mondlandung: >>Lügen im Weltraum

_ von Gerhard Wisniewski

Fake News: Auch 50 Jahre nach der Mondlandung ist es der NASA nicht gelungen, ihre Heldengeschichte wasserdicht zu machen. Im Gegenteil! Im Laufe der Zeit bekam die Legende von der ersten bemannten Mission zu unserem Himmelstrabanten immer mehr Löcher.

Nicht viele Bücher können nach 14 Jahren noch genauso stehen bleiben wie an ihrem ersten Erscheinungstag. Bei Lügen im Weltraum ist das jedoch der Fall. Hier gibt es nichts zurückzunehmen oder zu korrigieren. Die hier festgestellten Tatsachen und Sachverhalte sind samt und sonders sorgfältig belegt und begründet. Dennoch ist die Zeit seitdem natürlich nicht stehen geblieben - die Überzeugungskraft der Argumente, die die NASA für ihre Version der Ereignisse hervorbringt, erlitt vielmehr einen Tiefschlag nach dem anderen.

Ein Hollywood-Märchen?

Im Jahr 2006 stellte sich heraus, daß die Original-Videobänder der Mondlandungen verschwunden waren. "Insgesamt würden über 700 Kisten vermißt", schrieb Spiegel Online (15.8.2006). "Auch das vielleicht wichtigste Video der bemannten Raumfahrt fehlt: das Band, das die ersten Schritte von Neil Armstrong und Edwin "Buzz" Aldrin auf dem Mond zeigt." Nicht zu fassen! Ausgerechnet die Videobänder dieses welthistorischen Ereignisses waren verschwunden - was sogar die Vorstellungskraft der kühnsten Verschwörungstheoretiker übertroffen haben dürfte.

Im Vorfeld des 40. Jahrestages der ersten bemannten Mondlandung im Jahr 2009 erklärte die NASA, dass die Bilder nach wie vor unauffindbar seien. Plötzlich präsentierte die Weltraumbehörde statt dessen "aufwendig restaurierte Aufnahmen der Mondlandung" (Spiegel Online, 18.7.2009). Die Qualität sei im Vergleich zu altem TV-Material erheblich verbessert worden, hieß es auf der Website des TV-Senders N-TV: Laut Frankfurter Rundschau wurde das Material "von einer Firma in Hollywood" angefertigt (17.7.2009).

Ob das wirklich eine gute Nachricht war? Denn was heißt in diesem Zusammenhang wohl "restauriert"? Und "verbessert"? Oder gar "angefertigt"? Und zwar ausgerechnet in Hollywood? War das nicht genau das, was man der NASA immer vorgeworfen hatte - nämlich dass sie die Mondlandungen in Hollywood hatte produzieren lassen? Und wie kann man etwas restaurieren, was gar nicht mehr vorhanden ist?

Erklärung: Da das Originalmaterial verschollen sei, stammten die aufpolierten Bilder "von abgefilmtem TV-Material und anderen Kopien" (Spiegel Online). Weil das Videosystem der NASA seinerzeit nicht mit den TV-Netzwerken kompatibel gewesen sei, habe man die Aufnahmen vom Mond von einem Bildschirm abgefilmt und erst dann in alle Welt übertragen (heise.de, 15.8.2006).

Demnach hatte es die NASA also versäumt,

- diese welthistorischen Beweise für den glorreichen Sieg der USA im Wettrennen zum Mond sorgfältig zu archivieren,

- die Videobänder fachgerecht zu konservieren,

- die Bilder rechtzeitig auf modernere Speichermedien zu überspielen, wie beispielsweise DVDs.

In einer Zeit, in der schon Otto Normalverbraucher mindestens eine Sicherungskopie seiner Daten anlegt, ist das wirklich kaum zu glauben.

Wenn ein Kosmonaut erzählt

Meine Kritiker sagen: Die Sowjets hätten doch widersprochen, wenn die Amerikaner die bemannten Mondlandungen nur vorgetäuscht hätten. Allerdings saßen die Russen selbst im Glashaus, wie die verheimlichten Toten der ersten sowjetischen Raumflüge und der dubiose Gagarin-Flug zeigen. Auch bei den Sowjets bestanden die Raumfahrtprogramme aus Täuschen, Tricksen und Tarnen. Zweitens hat ein Russe ja sogar ausgepackt, nur hat das niemand groß zur Kenntnis genommen.

Zum 40. Jubiläum der ersten bemannten Mondlandung 2009 plauderte Alexej Leonow, berühmter Kosmonaut und "Held der Sowjetunion" (der unter anderem 1965 den ersten sogenannten Raumspaziergang absolvierte), aus dem Nähkästchen. Leonow ist mit einigen US-Astronauten eng befreundet und daher auch ein intimer Kenner der US-Raumfahrt. Gemeinsam mit den amerikanischen Astronauten ist er Mitglied der internationalen Association of Space Explorers, die regelmäßige Treffen und Reisen für ihre Mitglieder veranstaltet.

Im Rahmen eines flammenden Plädoyers für die Faktizität der Mondlandung bestätigte der sowjetische Spitzenkosmonaut gleichzeitig, dass Teile der Mondlandung in einem Hollywood-Studio gedreht wurden. "Die entsprechenden Gerüchte über eine Fälschung seien darauf zurückzuführen, dass ein Studio in Hollywood in der Tat einige Szenen im Nachhinein gedreht habe", berichtete RIA Novosti und zitierte Leonow dabei wie folgt: "Man konnte ja von der Mondoberfläche aus nicht aufnehmen, wie Neil Armstrong erstmals die Luke von innen öffnet und die Treppe herunterklettert!" Momente wie diesen habe man später im Studio gedreht, um die "Logik des Geschehenen beizubehalten". ...

Aus dem aktuellen Nachwort der Neuauflage von Gerhard Wisnewskis Bestseller "Lügen im Weltraum. Von der Mondlandung zur Weltherrschaft" (Kopp Verlag, Juni 2019 ...). ...<<

04.08.1969

BRD: Der Bundestag beschließt am 4. August 1969 die Verlängerung von Verjährungsfristen. Die Verjährungsfrist für Mord wird auf 30 Jahre verlängert, um die weitere Verfolgung von NS-Verbrechen zu ermöglichen. Die Verjährung für Völkermord wird generell aufgehoben.

31.08.1969

BRD: Der Kongreß der ostdeutschen Landesvertretungen fordert am 31. August 1969 die Wahrung ihrer Rechte (x155/163): >>... Wir bekennen uns zu Pflichten gegenüber unserem Staat und beanspruchen Rechte: ...

3. Die Obhutspflicht des Staates für die ihm anvertrauten Menschen verlangt nicht nur soziale und wirtschaftliche Fürsorge. Dem Staat obliegt namentlich auch die außenpolitische Rechtswahrung. Nur bei Erfüllung dieser Aufgaben sind die Menschenrechte des einzelnen und die Selbstbestimmung des Volkes gesichert. Das schließt auch unsere Mitbürger in den fremdverwalteten Gebieten ein.

4. Verzicht auf Gewalt ist selbstverständliche Grundlage jedes Friedens. Gewaltverzicht ist keine politische Kapitulation. Er befreit die Bundesrepublik nicht vom Ringen um die Rechte Deutschlands und seiner Menschen. ...<<

01.09.1969

BRD: Bundespräsident Gustav Heinemann (1899-1976) erklärt am 1. September 1969 in einer Fernseh- und Rundfunkrede zum 30. Jahrestag des Kriegsbeginns (x064/IX-XI): >>Liebe Mitbürger!

Heute vor 30 Jahren, am 1. September 1939, begann das schauerliche Drama, das wir den Zweiten Weltkrieg nennen. ...

... Über den Ausgang des Krieges zu sprechen ist müßig. Vergessen wollen wir aber nicht, daß über 55 Millionen in aller Welt im Zweiten Weltkrieg ihr Leben verloren haben. Noch mehr Menschen verloren in aller Welt als Vertriebene und Umsiedler ihre Heimat. Allein aus den Gebieten hinter der Oder und Neiße und dem übrigen Osteuropa wurden 17 Millionen deutsche Menschen von diesem Schicksal betroffen. ...

Was mit dem ehemaligen "Erbfeind" Frankreich zu unserer großen Befriedigung erreicht ist, steht gegenüber den östlichen Nachbarn und zumal gegenüber Polen als eine ungelöste Aufgabe noch immer vor uns.

Polen war das erste Opfer des Überfalls von 1939. Sein Anteil an Toten des Krieges macht allein 6 Millionen aus, von denen 0,7 Millionen als Soldaten umkamen, die übrigen mehr als 5 Millionen aber willkürlicher Ausrottung zum Opfer fielen.

Was immer die Verantwortlichen in Polen 1939 an Argumenten für Hitlers Handeln beigetragen haben mögen und wie schwer auch das Los unser Landsleute gewesen ist, die 1945 das Opfer des Verlustes ihrer Heimat jenseits von Oder und Neiße bringen mußten, so kann nichts daran vorbeiführen, daß es zwischen Polen und uns nicht so bleiben kann. Auch hier gilt es, die alten Gräben endlich zuzuschütten, so fest, daß niemand mehr einbrechen kann. ...

... Laßt uns deshalb heute bei der 30. Wiederkehr des Tages, an dem der Zweite Weltkrieg ausbrach, dieses Doppelte bedenken: Wir müssen einen neuen Anfang zwischen uns und unseren östlichen Nachbarn, zumal mit Polen, setzen.

Wir müssen der Geißel neuer Kriege entschlossen begegnen. ...<<

Die "BILD-Zeitung" berichtet am 1. September 1969: >>**Gotteslästerung nicht mehr strafbar** ... Bei der ersten Etappe der Strafrechtsreform wird die Gotteslästerung (§ 166) abgeschafft. Bislang wurde dieses Delikt mit Gefängnis bestraft - bis zu 3 Jahren.

Im neu gefaßten Paragraphen heißt es nur noch: Strafbar ist das Beschimpfen des Inhalts eines religiösen oder weltanschaulichen Bekenntnisses anderer in einer Art, die den öffentlichen Frieden stört. ...<<

>>**Homosexualität straffrei** ... Änderung von § 175: Liebe zwischen Männern ab 21 ist straffrei ...<<

28.09.1969

BRD: Während der 6. Bundestagswahl erhalten die Parteien am 28. September 1969 folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 46,1 %, SPD = 42,7 %, FDP = 5,8 %, Sonstige = 5,4 %.<<

16.10.1969

BRD: Das BdV-Präsidium spricht sich am 16. Oktober 1969 für den Fortbestand des Bundesvertriebenenministeriums aus und berichtet über Anerkennungsfragen (x155/165-167): >>Der BdV nimmt mit Empörung von der in der Presse mitgeteilten Absicht einer zukünftigen SPD/FDP-Koalition Kenntnis, das Entwicklungsministerium aus politischen Gründen aufrechtzuerhalten, während ein Fortbestehen des Bundesvertriebenenministeriums aus politischen Gründen nicht für erforderlich gehalten wird.

Der BdV hat nicht das geringste Verständnis dafür, daß die Interessen anderer Völker höher bewertet werden als die nationalpolitischen Interessen des eigenen Volkes, insbesondere eines Viertels seiner Bevölkerung. Ein solcher Schritt könnte als Hinnahme des Gewaltaktes der Vertreibung, der Annexion deutscher Gebiete und die Spaltung Deutschlands aufgefaßt werden. ...

... II. 7. Die Anerkennung einer Gebietsveränderung durch den Staat, dem das Gebiet bisher zustand, bewirkt endgültig den Gebietsverlust. ...

III. ... 9. Die Anerkennung der "DDR" als Staat würde auch die Anerkennung der separaten Staatsangehörigkeit bedeuten, so daß es keine einheitliche deutsche Staatsangehörigkeit mehr gäbe.

IV. 10. Die Regelung der deutschen Ostgrenze ist dem Friedensvertrag mit einer dazu legitimierten Vertretung Gesamtdeutschlands vorbehalten. Jedwede Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als deutsche Ostgrenze durch die Bundesrepublik Deutschland würde einer solchen Regelung unzulässigerweise vorgreifen. ...

V. 12. Die 3 westlichen Alliierten haben sich in Art. 2 Abs. 1 des Deutschlandvertrages in seiner Fassung vom 23. Oktober 1954 die von ihnen seit der militärischen Kapitulation in bezug auf Deutschland als Ganzes, einschließlich Berlins und der deutschen Ostgebiete, innegehabten Rechte vorbehalten. Im Falle ihrer Zustimmung zur Anerkennung der "DDR" durch die Bundesrepublik Deutschland würde die Viermächteverantwortlichkeit für Deutschland als Ganzes, einschließlich Berlins und der deutschen Ostgebiete, in Frage gestellt werden. ...<<

22.10.1969

BRD: Bundeskanzler Willy Brandt (1913-1992) bildet am 22. Oktober 1969 eine Koalitionsregierung aus SPD und FDP.

Im Rahmen seiner "neuen Ostpolitik" verzichtet Bundeskanzler Brandt auf den Bundesminister für deutsche Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte.

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet später (am 11. Juni 2016) über Willy

Brandt: >>USA unterstützten Brandt mit Geld

Willy Brandt, späterer deutscher Kanzler und SPD-Chef ist in den Fünfziger Jahren von der US-Besatzungsmacht mit geheimen Zahlungen im SPD-internen Machtkampf unterstützt worden.

Dem "Spiegel" zufolge hätten die Amerikaner dem damaligen West-Berliner Bundestagsabgeordneten 1950 die große Summe von 200.000 Mark zukommen lassen. Die Amerikaner hätten Brandt gefördert, weil er zu jenen Berliner Sozialdemokraten gehörte, die eine Westintegration der Bundesrepublik befürworteten.<<

24.10.1969

BRD: Das BdV-Präsidium verurteilt am 24. Oktober 1969 die Auflösung des Bundesvertriebenenministeriums (x155/168): >>Mit Befremden hat der Bund der Vertriebenen davon Kenntnis genommen, daß das Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsbeschädigte aufgelöst und seine Aufgaben und sein Verwaltungsapparat dem Innenministerium zugeteilt worden sind. Das Präsidium hält diese Entscheidung sachlich und politisch für verfehlt und unvertretbar. ...<<

28.10.1969

BRD: Bundeskanzler Brandt kündigt in seiner Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 umfangreiche Reformen an (geplante Grenzankennung und Verhandlungen mit der DDR).

BdV-Präsident Reinhold Rehs (1901-1971) berichtet damals über die Regierungserklärung von Bundeskanzler Brandt (x155/168): >>Die Regierungserklärung ist hinsichtlich der die Vertriebenen besonders berührenden Fragen weitgehend unklar und unzulänglich.

Mit Genugtuung ist zu verzeichnen, daß die SPD/FDP-Regierung am Recht des deutschen Volkes auf Selbstbestimmung festhält und daß sie sich zur Wahrung der Einheit der Nation bekennt.

Es fehlt jedoch eine Absichtserklärung hinsichtlich der Vollendung der Einheit Deutschlands, sowohl Mittel- wie Ostdeutschland betreffend. ...<<

27.11.1969

BRD: Die Kultusministerkonferenz vereinbart am 27. November 1969, wissenschaftlich begleitete Schulversuche mit Gesamtschulen durchzuführen.

Die Gesamtschule (geht auf die Idee der "Einheitsschule" zurück) wird bereits seit 1948 gefordert. Während SPD und FDP für die Einführung der Integrierten Gesamtschule eintreten, sind CDU/CSU für die Beibehaltung des dreigliedrigen Schulsystems (Hauptschule, Realschule und Gymnasium).

1969

BRD: In dem 1969 in München veröffentlichten "Lehrbuch des Völkerrechts" heißt es zum Thema "Luftkrieg" (x243/257): >>Flugzeuge sind berechtigt, militärische Objekte des Gegners im Hinterland, wie Truppen, Festungen, Eisenbahnen, Munitionsfabriken, der Kriegsführung dienende Dienststellen usw. ... zu bombardieren.

Flugzeuge sind nicht berechtigt, unmittelbare Angriffe gegen die gegnerische Zivilbevölkerung sowie gegen ihre Wohnungen und Kulturstätten zu unternehmen.

Das Luftbombardement zur Terrorisierung der Zivilbevölkerung oder Beschädigung von Privateigentum nichtmilitärischen Charakters oder zur Verletzung Nichtkombattanten (Nichtkämpfenden ist) verboten. ...<<

CSR: Die tschechische Zeitschrift "HOST DO DOMU" veröffentlicht im Jahre 1969 ein Gespräch des Redakteurs Vladimír Blazek mit dem Historiker Milan Hübl (1927-1989) und dem Schriftsteller Jan Procházka (1929-1971) über die Vertreibung der Deutschen (x154/12-15):

>>(Blazek:) ... Das Jahr 1945 ist der Schlüssel zur modernen Geschichte der Tschechoslowakei. Es ist schon die Vergangenheit (hier öffnet sich das Tor zur Zeit der Okkupation), und gleichzeitig ist es auch die Gegenwart, denn seit dem Mai 1945 verging erst ein Vierteljahrhundert.

Die Keimzellen der heutigen Probleme, Konflikte, sozial-historischen Ansichten finden wir eben im Jahre 1945. Es ist wohl nicht übertrieben, wenn ich sage, daß ohne das Jahr 1945 keine Analyse des Jahres 1968 möglich ist. Wenn wir das Jahr 1945 nicht begreifen, können wir keine reale Entwicklung für die Zukunft voraussagen.

Und dennoch wird diese Schlüsselperiode erst in der letzten Zeit Gegenstand einer kritischen Untersuchung, erst in der letzten Zeit erkämpfen sich die Historiker das Recht und die Möglichkeit dazu, den Schleier, der die Geschehnisse nach dem Mai 1945 verhüllt, herunterzureißen. Es stimmt zwar, daß die schöngeistige Literatur schon früher den Weg zu dieser Thematik fand, aber Belletristik oder Dramen können nicht die Geschichtswissenschaft ersetzen.

Die Öffentlichkeit ist – was das Verständnis des Jahres 1945 betrifft – noch immer befangen. Sie interpretiert es unkritisch und falsch. Die Interpretation bewegt sich immer noch im Bereich der Mythologie. Dieses undifferenzierte Bewußtsein wird schließlich zum schlechten Gewissen der Nation. Gleichzeitig bleibt es die Quelle verschiedener nationaler und gesamt-politischer Komplexe, wenn die Erklärung der Geschehnisse vom Jahr 1945 im Bereich der Märchen und unkritischen Darstellungen weiterhin verhaftet bleibt.

Wenn wir über die Beziehung von Illusionen und Erkenntnissen in unserer Gesellschaft, über die innere Schichtung unserer Völker, über ihre geistige Beschaffenheit, über den Sozialismus und seine wirkliche Funktion innerhalb der Geschichte sprechen wollen, müssen wir – und das ist die Voraussetzung – ständig zum Jahr 1945 zurückkehren.

(Procházka:) ... Oder der Transfer. Natürlich war es die Entscheidung der Großmächte. Aber kann uns jemand die Verantwortung für die Vertreibung abnehmen? Ich würde es verstehen, wenn es zu einem nationalen Ausgleich im tschechischen Landesinneren gekommen wäre. Wenn in dem Städtchen, das ich meine, etwa 7 deutsche Familien lebten, war es möglich, eine Migrationslösung in Betracht zu ziehen. Aber wir hatten ein ganzes Volk aus einem einheitlichen Gebiet, aus den Städten, Städtchen und Dörfern ausgesiedelt. Jeder durfte nur 50 Kilo mitnehmen, gleich ob er schuldig oder unschuldig war.

Dabei war dem Großteil dieser drei Millionen vertriebenen Deutschen der Krieg ziemlich gleichgültig, und sie beteiligten sich bestimmt nicht an den Verbrechen. Das ist absolut unannehmbar: eine Politik, gleich wie sie begründet wird, die keine Rücksicht auf den einzelnen Menschen nimmt, die nur globale (gerechte) Ziele anstrebt ohne Rücksicht auf das konkrete Schicksal konkreter Menschen, ist tragisch und letztendlich falsch.

(Hübl:) ... Der Gedanke eines Transfers entstand allerdings nicht erst während der Potsdamer

Konferenz. In der modernen Geschichte wurde ein Transfer zum erstenmal und im Großen als die Lösung im Konflikt zwischen den Griechen und den Türken nach dem Ersten Weltkrieg angewandt. Danach kam es zum Transfer der deutschen Bevölkerung auf dem Gebiet der UdSSR nach dem Hitler-Stalin-Pakt im Jahre 1939.

In der tschechischen Widerstandsbewegung kam der erste Vorschlag einer solchen Lösung zuerst nach dem Ausnahmezustand im Jahre 1939 und später als eine ernsthafte politische Forderung erst nach der Schlacht um Stalingrad. Die Führung der KPTsch im Ausland war bis zum Jahre 1944 gegen die Forderung eines Transfers: zunächst in Opposition zum heimatlichen Widerstand, später zur Londoner Regierung. Schließlich wurde die Idee des Transfers "einheitlich" angenommen.

Psychologisch kann man begreifen warum es geschah. die Anzahl der SS-Angehörigen, die sich aus den Reihen der Sudetendeutschen und Protektorat-Deutschen rekrutierten, war (im Vergleich zur Einwohnerzahl) relativ groß, höher als bei den Reichsdeutschen.

Ich erlebte die Okkupation und das Jahr 1945 in Brünn, in unserer Straße wohnten zwei deutsche Familien. Vor dem Krieg waren das Menschen, die auf Sauberkeit und Ordnung achteten, selbstverständlich sprachen sie damals auch tschechisch. Während des Krieges wurden sie zu den schlimmsten Bestien, sie wurden zu Gestapo-Spitzeln, keiner wagte vor ihnen, etwas zu sagen.

Blieben wir aber noch in Brünn; hier entstand die berühmt-berüchtigte Racheaktion – von unten angeregt – und zwar der Marsch der aus Brünn vertriebenen Deutschen über Nikolsburg zur österreichischen Grenze. Eine Aktion, die im Westen als ein Gegenstück zu den Todestransporten verstanden wird.

Johann Wolfgang Brügel, ein Historiker mit antifaschistischer Vergangenheit, der zum Transfer sehr kritisch steht, stellt fest, daß einer der Gründe für die lokale Rachsucht der Brüänner darin zu sehen ist, wie der ehemalige deutsche Bürgermeister von Brünn namens Judex seine pro-deutsche Politik in einer überwiegend tschechischen Stadt (während der Okkupation) führte.

Auch wenn man den Transfer psychologisch erklären kann, auch wenn umstritten ist, daß wir mit drei Millionen Deutschen innerhalb der neuen Republik viele Komplikationen gehabt hätten, bedeutet es auf keinen Fall, daß die Lösung, die im Jahre 1945 gewählt wurde, optimal war; damit bin ich mit Procházka einer Meinung; eine Psychose kann kein Verbrechen entschuldigen.

Übrigens ein Historiker beschäftigt sich nicht mit Entschuldigungen. Er erklärt lediglich, warum es möglich war, daß eine solche Massenpsychose entstehen konnte. Er soll auch bewerten, inwieweit es auf Dauer gesehen nützlich war, daß die offizielle Politik dieser Massenpsychose unterlag.

(Blazek:) ... Karl Jaspers behauptet, daß unter Hitler zum erstenmal in der Geschichte ein Verbrecherstaat entstand, also nicht nur ein Staat, der einzelne Verbrechen mittels seiner Institutionen, seiner Träger und Untergeordneten verübt (wie es nach Jaspers vor dem Nationalsozialismus möglich war). Der nationalsozialistische Staat war ein Gebilde, für welches das Verbrechen ein grundlegendes Mittel zur Erreichung der politischen, militärischen, wirtschaftlichen, nationalen und anderen Zielen war.

Das fühlten anscheinend auch unsere Leute im Jahre 1945, und jeder, der im Dienste dieses Staates war, wurde für die öffentliche Meinung selbst ein Verbrecher, ein Teilhaber an diesem verbrecherischen Staat. Dabei fielen bei dieser Überlegung zwei Details aus dem Blickwinkel: einerseits die Tatsache, daß der überwiegende Teil des tschechischen Volkes im Dienste dieses verbrecherischen Staates während der Okkupation stand (dieses Volk wurde auch von dem verbrecherischen Staat belohnt), und andererseits die Tatsache, daß der Staat, auch wenn es ein totalitärer Staat ist, nie mit dem Volk identisch ist.

Was die Lösung der deutschen Frage durch die Vertreibung betrifft, haben wir wahrscheinlich alle ähnliche Erlebnisse. Auch ich sah in einer Kleinstadt, in der ich am Ende des Krieges lebte, zu, wie ein bewaffneter Revolutionär mit roter Armbinde und einem alten Gewehr auf der Schulter einen nationalsozialistischen Funktionär durch die Straßen führte. Der hiesige Nazi war barfuß, in zerlumpte Kleidern, und der Revolutionär führte ihn an der Leine.

Auf der Straße mußte der Nationalsozialist erklären, daß er an verschiedenen Verbrechen schuldig wäre, und er mußte die vorbeigehenden Passanten um Verzeihung bitten. Dieser Mann flehte um Gnade, aber die Verbrechen, die ihm vorgeworfen wurden (Tod und Gefängnis einiger Stadtbewohner), hatte er nicht begangen.

Wer war aber der Revolutionär mit der roten Binde? Er war einer aus dem Pöbel. Als der Transfer begann, roch der Pöbel Blut und wurde zum Träger der Revolution. So war es übrigens bei allen bewaffneten Revolutionen. Unsere Revolution war nicht imstande, von diesem Pöbel Abstand zu nehmen und das zu bereinigen, was bei der Vertreibung begann und was sich danach fortsetzte.

Die kommunistische Partei, die Partei der Intellektuellen und der kulturtragenden Elite und die Partei des fortschrittlichsten Teils der Arbeiterschaft, wurde leider auch die Partei des Pöbels und biederte sich ihm an. Es war nicht nur die KPTsch, die sich im Jahre 1945 dem Pöbel anbot. Andere Parteien waren auch nicht besser.

(Hübl:) ... Dabei besudelten wir die eigenen politischen Traditionen. Die Benesch-Linie gehörte während der Ersten Republik, was die deutsche Frage betrifft, zu der sanften und aufgeklärten Richtung in Europa. Die Beziehungen zu Beneschs Ministerium und der Weimarer Republik waren sehr korrekt. Noch nach 1933 sind wir nicht nur den Konflikten mit Hitler ausgewichen, sondern wir haben auch nicht den Fehler gemacht, den deutschen Staat mit dem deutschen Volk zu identifizieren.

Nach dem Krieg verrieten wir jedoch die eigene Konzeption, auch was die Sprache und die Rechte der deutschen Minderheit betraf. Bei uns haben die Deutschen während der Ersten Republik die besten Bedingungen gehabt. In der Garantie der Sprachrechte waren wir am großzügigsten unter allen kleinen Staaten östlich der Schweiz. Dieser Tradition der humanen und kulturvollen Lösung haben wir mit einem Strich ein Ende gesetzt.

(Procházka:) ... Im Jahre 1945 hatten wir mehrere Möglichkeiten, unsere Perspektive zu konzipieren. Auch heute gibt es einige offene Möglichkeiten. Aber keine von ihnen wird als real erscheinen, wenn wir nicht imstande sein werden, die Beziehung zum deutschen Volk in Ordnung zu bringen. Wir können doch nicht das deutsche Volk liquidieren und aus Europa wegdenken. Natürlich sind auch die Deutschen verpflichtet, sich mit dem Erbe des Nationalsozialismus auseinanderzusetzen; uns muß jedoch vor allem die eigene Pflicht interessieren.

(Hübl:) ... Ich will aber noch einmal an die deutsche Frage anknüpfen. Ich las ein Protokoll über eine Regierungssitzung im Jahre 1945, wo Gottwald (KP-Führer, ab Mai 1945 stellvertretender Ministerpräsident) Ripka mit Recht vorwarf, daß die tschechisch national-sozialistischen Journalisten eine antideutsche Kampagne im Großen führten und daß sie das schon aufgewühlte Nationalbewußtsein noch mehr aufwühlten.

In Brünn warfen die National-Sozialisten des öfteren dem Bezirkssekretär Sling (der später im Slánsky-Prozeß zum Tode verurteilt wurde) vor, daß er die Deutschen in Schutz nahm, weil er selbst deutscher (jüdischer) Abstammung war. Oft diskreditierten die National-Sozialisten die Kommunisten mit der Anschuldigung, den in Potsdam beschlossenen Transfer der Deutschen nur zögerlich durchgeführt zu haben. ...<<

USA: Eine US-Regierungskommission berichtet im Jahre 1969 über Verbrechen und Gewalt in Nordamerika (x243/107): >>... In Manhattan Island (Bevölkerung 1,7 Millionen) werden jedes Jahr mehr Menschen ermordet als in ganz England und Wales (Bevölkerung 49 Millionen). ...

Im Verhältnis zur Bevölkerungszahl haben die USA die meisten Unruhen und bürgerkriegs-ähnlichen Auseinandersetzungen ... unter den 17 westlichen Demokratien. ...

Viele unserer Gesellschaft und Politik eigentümlichen Aspekte haben zu der individuellen Gewalttätigkeit beigetragen, die das heutige Amerika beunruhigt, darunter die psychologischen Nachwirkungen der Sklaverei, das Nebeneinander von Massenkonsum und Stellen bitterer Armut, der Widerstreit unterschiedlicher Wertvorstellungen, aufgrund dessen vielen Menschen ein klares Leitbild für soziales Handeln fehlt.

Andere Quellen der Gewalt in unserem nationalen Leben sind Erbe unserer eigenen Vergangenheit: eine Verherrlichung der Gewaltanwendung für die gute Sache durch unsere revolutionären Vorväter, Grenzer und Bürgerschutzorganisationen; Erwartungen von Einwanderern auf ein irdisches Paradies, die nur zum Teil erfüllt wurden; die ungelösten Spannungen, die ein rapides und ungesteuertes Wachstum der Städte und Industrien mit sich brachte.<<

1970

Je mehr Leute eine Sache glauben, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, daß die Ansicht falsch ist.

Sören Kierkegaard (1813-1855, dänischer Philosoph)

10.01.1970

DDR: Generalmajor Günther Treller berichtet am 10./11. Januar 1970 in der "Schweriner Volkszeitung" über die vormilitärische Ausbildung der DDR-Jugend (x128/250): >>... Die Vorbereitung der Jugend der Deutschen Demokratischen Republik auf die Ableistung ihres Wehrdienstes ist ein eminentester Bestandteil der allseitigen Stärkung der DDR, auch sie gehört zum System unserer Landesverteidigung.

Ausgehend davon ist es das Anliegen der Gesellschaft für Sport und Technik, die Jugend gründlich auf ihren Wehrdienst vorzubereiten, und zwar so, daß sie diesen als Klassenauftrag erkennt und im Rahmen der vormilitärischen Ausbildung die dafür notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten erwirbt.

Der IV. Kongreß der Gesellschaft für Sport und Technik hat die notwendigen Maßnahmen beschlossen, um die vormilitärische Ausbildung als System zu entwickeln und dieses System beginnend mit dem Ausbildungsjahr 1969-70 in der gesamten Organisation mit hoher Effektivität durchzusetzen. ...

In die vormilitärische Grundausbildung – gleichbedeutend mit dem ersten Ausbildungsjahr – werden die Schüler der elften Klassen der erweiterten Oberschulen sowie die Lehrlinge des 1. Lehrjahres einbezogen. Dabei vermittelt die vormilitärische Grundausbildung dem Jugendlichen Klarheit über den Klassenauftrag des Soldaten sowie Grundelemente der militärischen Disziplin und Ordnung, des Schießens und der Geländeausbildung und trägt zur physischen Leistungssteigerung bei.

Die Ausbildungsthemen und Ausbildungsabschnitte sind so angelegt, daß das selbständige Denken und Handeln der Jugendlichen gefördert und das bei ihnen Willenskraft, Ausdauer, Mut, Konzentrationsfähigkeit, Entschlossenheit und der Kollektivgeist gestärkt werden.

Im 2. Ausbildungsjahr nehmen an der vormilitärischen Ausbildung die Lehrlinge des 2. und 3. Lehrjahres sowie andere Jugendliche der sozialistischen Industrie und Landwirtschaft teil. Im allgemeinen werden also hier alle Jugendlichen in vorwehrpflichtigen Alter erfaßt.<<

17.01.1970

BRD: Die BdV-Bundesvertretung veröffentlicht am 17. Januar 1970 die "Bremer Entschlie-ßung" (x155/173-174): >>... II. Unser Grundgesetz verbietet die Anerkennung von Verstößen gegen die Normen des Völkerrechts, also auch die Aufteilung Deutschlands ohne freie Selbstbestimmung, die Anerkennung von Annexionen ohne (Friedens-)Vertrag ...

Maßnahmen dieser Art bedürfen nicht nur einer verfassungsändernden Mehrheit, sondern ver-

letzen auch die Kernvorschriften des Grundgesetzes. ...

Verträge zur Beseitigung völkerrechtswidriger Annexionen zu schließen, ist Sache einer dazu legitimierten freien Vertretung von ganz Deutschland in einem Friedensvertrag.

III. Seit 2 Jahrzehnten, seit der Verkündung der Heimatvertriebenen im Jahre 1950, fordert der Bund der Vertriebenen einen Ausgleich zwischen Deutschland und Polen auf der Grundlage von Recht und Gerechtigkeit. Eine einseitige Erfüllung der Forderungen des anderen Vertragspartners kann keinen dauerhaften Ausgleich schaffen. Sie dient daher auch nicht der dauerhaften europäischen Friedensordnung, der Beseitigung von Mißtrauen zwischen den Nachbarvölkern und dem polnischen Sicherheitsbedürfnis. ...

Das Recht auf die Heimat, auf Freizügigkeit zu den angestammten Wohnsitzen und zur freien selbstbestimmten Entfaltung daselbst ist ein unabdingbares Menschen- und Gruppenrecht.

Die Bundesrepublik Deutschland ist nicht nur durch das Grundgesetz, sondern auch durch das Vertragsrecht der Europäischen Menschenrechtskonvention verpflichtet, in allen Verhandlungen und Gesprächen für diese Rechte einzutreten. Über Menschen- und Gruppenrechte der Betroffenen dürfen sich auch keine Mehrheiten hinwegsetzen. ...<<

05.03.1970

USA: Der afroamerikanische Bürgerrechtler Bobby Seale (Vorsitzender der Black Panther Party) schreibt am 5. März 1970 über den Kampf der Black Panther Party gegen die nordamerikanische Innenpolitik (x272/274-275): >>... Die Jugend ist eine gewalttätige Quelle revolutionärer Möglichkeiten. Die lumpenproletarischen Brüder im Getto, die Schwestern und all die in den Straßen, die sich zu behaupten versuchen, gehören mit zu dieser Quelle, die eines Tages überströmen und sich als eine wilde Sturzflut ergießen wird.

Der Wunsch und die Notwendigkeit einer revolutionären Bewegung zeigt sich im Volke. Die Zukunft der Black Panther Party ist die Zukunft des Volkes, und die Jugend ist die Zukunft der Black Panther Party.

... Die gesamte Zukunft muß sich danach richten, was wir, das Volk wollen – nicht danach, wie die alten Narren, die rückständigen Nichtwisser die Dinge haben möchten. Wir müssen alle anfangen und zusehen, daß wir die Zeit ergreifen. Wir müssen anfangen, unsere Energien zu gebrauchen, unsere Gedanken, unseren Verstand und unsere Fähigkeiten, damit wir sehen, was recht ist und was getan werden muß, damit das Leiden aufhört und damit die Phrase, Leben, Freiheit und das Streben nach Glück für die Menschen Bedeutung gewinnt.

Die Nixon-Agnew-Mitchell-Verwaltung – Hand in Hand mit den Reagans, den Daleys, den Hoffmans, den Carswells, Rockefeller, DuPonts, mit der Bank von Amerika und anderen Ausbeutern - geht mehr und mehr auf den offenen Faschismus zu.

Die Zukunft der Black Panther Party wird eng damit zusammenhängen, ob der faschistische Staat, das faschistische Regime zerschlagen wird. Sooft die habgierige, hetzerische herrschende Klasse sich widerrechtlich gegen die Bevölkerung wendet und ihre verfassungsmäßigen Menschenrechte verletzt, muß die Jugend Amerikas, müssen sich die Revolutionäre sich aufmachen und auf die herrschende Klasse losgehen.

Sooft wir sehen, daß in der schwarzen Wohngemeinde ein Kind von einem rassistischen Schweinepolizisten niedergeschossen wird, müssen wir mit einer Art organisierter Gewalt gegen die Polizeischweine vorgehen, in einer Weise, die ihnen zeigt, daß das Volk genug hat von diesem Dreck.

Sooft wir die Machthaber so handeln sehen, wie es nach unserer sicheren Erkenntnis falsch ist und den Fortschritt der Menschheit hemmt, müssen wir ihnen klarmachen, daß wir uns nicht noch mehr von ihrem Scheißdreck gefallen lassen. ...

Gleichzeitig müssen die jungen Menschen unbedingt wissen, daß es nötig ist, organisierte und praktische Techniken anzuwenden. Wir dürfen es nicht zulassen, daß wir weiterhin in gewaltigem Maße unterdrückt werden.

Wir versuchen nicht, Supermänner zu sein, denn Supermänner sind wir nicht. Wir kämpfen für die Erhaltung des Lebens. Wir lehnen die Gehirnwäsche durch die Vorstellungen der Comic-Books ab, die die wirkliche Lage verzerren.

Es gibt nur einen Weg zur Befreiung der Welt: Die Jugend unseres Landes muß vorwärtsgehen – mit allen Prinzipien der Achtung für den Menschen, mit jeder liebenden Empfindung für das menschliche Leben, die wir im Herzen haben – auf eine Weise, die den Machthaberschweinen zeigt: Wenn die Menschen rassistisch und faschistisch angegriffen werden, dann wird die Jugend den Machthabern einen Tritt in den Hintern versetzen und ihr Blut gerinnen machen.

Wir sehen uns in der heutigen Welt um, wir sehen uns hier bei uns um, und wir stellen fest, daß es Unterdrückung gibt. Wir wissen, daß die Arbeiter ausgebeutet werden und daß auf die eine oder andere Weise die meisten Menschen unseres Landes ausgebeutet werden. Wir wissen, daß wir als Volk unsere Stunde ergreifen müssen.

Huey P. Newton hat die Zeit ergriffen, als er die Black Panther Party in Gang brachte. Andere Brüder und Schwestern in der Partei ergreifen immerzu die Zeit. Jetzt ist die Stunde, einen erbarmungslosen revolutionären Kampf gegen die faschistische, gierige, hetzerische herrschende Klasse und die gemeinen, sadistischen Polizeischweine zu führen.

Macht dem Volke! Power to the People! ...<<

15.03.1970

BRD: BdV-Präsident Dr. Herbert Czaja (1914-1997) verdeutlicht in seiner Antrittsrede vom 15. März 1970 die künftige Verbandspolitik (x155/176-181): >>... Die verantwortlichen Organe des BdV sind und werden weiterhin für die Freiheit wie für einen gerechten Frieden eintreten. Ich könnte meine Pflicht nicht mehr wahrnehmen, wenn das Gegenteil der Fall wäre. Aber wahrer Friede ist nicht dort, wo sich eine Seite aller, auch der vor dem Gemeinwohl der Völker vertretbaren eigenen Interessen entledigen soll.

Friede ist nicht dort, wo die Menschen- und Gruppenrechte der Besiegten achtlos überrollt werden.

Jene, die uns nicht wohl wollen, behaupten, wir müßten das Unrecht, das uns widerfahren ist, hinnehmen, ja legalisieren, weil in deutschem Namen ungeheure Untaten vollzogen wurden. Wir sprechen nicht der Verschleierung von Untaten das Wort. Es ist aber ein dialektischer Trugschluß, daß deshalb ein neues Unrecht an einem Teil der Nation und an Millionen von Unschuldigen, das Unrecht der Deportation, der Vertreibung hingenommen, ja legalisiert werden soll, ohne letzte friedliche Bemühungen um eine zeitgemäße Form in der Wiederherstellung von Recht und Gerechtigkeit, von neuen Formen der Zusammenarbeit auf der Grundlage der Menschen- und Gruppenrechte.

Wir distanzieren uns deshalb von der dem Völkerrecht unbekanntem, bei nüchterner Betrachtung auch moralisch anrüchigen Begründung, daß wegen der in deutschem Namen begangenen Untaten die Annexionen und Vertreibungen von Deutschen widerspruchslos hinzunehmen sind.

Untaten erfordern gerechte Sühne in einem geordneten Rechtsgang. ... Taten und Grausamkeiten gegenüber Menschen sind nicht verrechenbar. Wer aber aus solchen Untaten eine einseitige, politisch gezielte Diffamierung zur Scheinbegründung von Annexionen und Deportationen ableitet, den müssen wir darauf aufmerksam machen, daß es nicht angeht, die auch an Deutschen begangenen Verbrechen ständig zu verschweigen und das Wissen darüber zu unterbinden.

Wir sprechen nicht für Haß und Vergeltung. Wir wissen, daß die tiefen Ursachen solcher Untaten eine überhebliche Übersteigerung des notwendigen nationalen Selbstverständnisses und der notwendigen nationalen Selbstbehauptung ist. Hier haben aber nicht nur die Deutschen geirrt, sondern lange vor 1930 hat es dort, wo andere Völker Macht über die Deutschen hatten,

auch an Exzessen gegenüber unseren Landsleuten nicht gefehlt.

Nur ein gemeinsamer, neuer, geläuterter Anfang kann uns nach diesen geschichtlichen Gegensätzen weiterhelfen.

Die Meinung, man schaffe Frieden, wenn man sich seiner Rechte entledigt und seine berechtigten Aufgaben preisgibt, setzen wir entgegen die Liebe auch zum eigenen Volk, ebenso die Achtung vor der Würde des Nachbarn und das ständige Bemühen um einen gerechten Ausgleich. Angesichts der vielen extremen Meinungen und radikalen Flügel tut uns bitter not die feste Mitte in einem selbstverständlichen, gesunden nüchternen und klaren Verhältnis zu Staat, Nation und Nachbarn!

... Wir lassen es uns nicht verbieten, mit friedlichen Mitteln zu versuchen, die Folgen von Faustrecht und Gewalt durch eine gesunde, erträgliche, gerechte Ordnung zu ersetzen.

Das natürliche und das positive Recht, aber auch das Völkerrecht, sind uns darum auch keine Zwirnsfäden, sondern unerläßliche Regeln des Zusammenlebens, die wir zu wahren verpflichtet sind und in deren Schutz wir uns begeben.

Die für unser Volk politisch Verantwortlichen sollten gelernt haben, wie gefährlich es ist, Gewaltakte, eigene und fremde, zu legalisieren! ...

Abreden und Verträge, die über die freie politische Entscheidung der besonders betroffenen Menschen und Gruppen hinweggehen oder sie gar ausklammern, haben schwerste Mängel! Sie haben weder Dauerhaftigkeit noch geschichtliche Bedeutung. Wir werden solche Abreden - auch über die Oder-Neiße-Linie - nicht anerkennen, wir werden ihre Geltung bestreiten und mit allen verfassungsmäßigen, im Rechtsstaat zulässigen Mitteln uns dagegen zur Wehr setzen!

Nur gerechte Abkommen und Verträge haben Bestand in der Geschichte und machen Geschichte! Annexionen mit Formeln zu heilen, widerspricht den Normen des Völkerrechts und daher auch dem Grundgesetz. Politisch beseitigen solche Formeln weder Mißtrauen noch Angst, sie schaffen kein Vertrauen und keine Glaubwürdigkeit, sondern sind Anlaß zu Auseinandersetzungen und Interventionen im passenden Augenblick. Sie sind also auch kein Ansatzpunkt zur wirklichen Entspannung. ...

Vielen in unserem Volk und bei unseren Nachbarn ist es auch zu wenig präsent, daß die Vertreibung vieler Millionen von Menschen keineswegs wesensnotwendig mit Annexion und Okkupation zusammenhängt, sondern daß sie ein zusätzlicher Bruch der Menschen- und Gruppenrechte und der gemeinsamen Völkerordnung ist. Menschen- und Gruppenrechte sind aber unabdingbar. Weder politische Mehrheiten noch Entscheidungen von Machthabern vermögen sie auszulöschen. Oft dauerte es lange Zeit, bis sie wieder hergestellt werden. ...

Wer dauerhafte Lösungen will, muß sich vor allem um mehr Gleichgewicht der Verhandlungspartner bemühen.

... Im Oktober 1970 werden es 7 Jahre sein, daß der Staatsmann Konrad Adenauer, ... durch dessen, wenn auch begrenzte, aber so viel Vertrauen schaffende Leistung in manchen wieder ein maßvolles nationales Selbstbewußtsein entstand, vor dem Bundestag sich in einer knappen Rede verabschiedete.

Er sagte damals im Oktober 1963: "Wir Deutschen dürfen unser Haupt wieder aufrecht tragen, denn wir sind eingetreten in den Bund freier Nationen, und wir sind in dem Bund der freien Nationen ein willkommenes Glied geworden." ...<<

23.04.1970

BRD: Das BdV-Präsidium warnt am 23. April 1970 vor den politischen Gefahren der neuen Ostpolitik (x155/184): >>... 2. Das Präsidium des BdV betont, daß das Grundgesetz und die allgemeinen Regeln des Völkerrechts allen Organen der Bundesrepublik Deutschland verbieten:

die Aufteilung Deutschlands im Gegensatz zur freien Selbstbestimmung unseres Volkes,

die Anerkennung von Okkupation und Annexionen ohne allgemeinen Friedensvertrag, ...
die Legalisierung der Folgen der Massenvertreibungen.

Abmachungen und Erklärungen, die dies nicht berücksichtigen, wird der BdV mit allen legalen Mitteln Widerstand entgegensetzen. Über Menschen- und Gruppenrechte dürfen sich auch Mehrheiten nicht hinwegsetzen. Solche Abmachungen haben keinen geschichtlichen Bestand. Sie dienen nicht dem dauerhaften Frieden und weder dem Sicherheitsbedürfnis unserer Nachbarn noch einem gerechten geschichtlichen Ausgleich der Gegensätze. Sie festigen in Europa nicht nur einen ungerechten Status quo, sondern auch die sowjetische Hegemonie. ...<<

24.04.1970

BRD: BdV-Präsident Czaja (1914-1997) lehnt am 24. April 1970 das Grenzvertragsangebot der Bundesregierung an Polen ab (x155/185-186): >>Die Bundesregierung kann keine Grenzverträge für ganz Deutschland abschließen.

Dieses ist eine Sache einer dazu legitimierten freien Vertretung des gesamten deutschen Staatsvolkes. Die Bundesregierung verstößt auf das Schwerste gegen den Deutschlandvertrag, wenn sie eine polnische Westgrenze feststellt oder festschreibt.

Nach Artikel 7 des Deutschlandvertrages muß die Feststellung der Grenzen Deutschlands bis zu einer friedensvertraglichen Regelung für ganz Deutschland aufgeschoben werden. ...<<

26.04.1970

BRD: Der BdV-Bundesvorstand protestiert am 26. April 1970 gegen die Ostpolitik der SPD/FDP-Regierung (x155/187): >>Die Bundesregierung hat Warschau den Entwurf eines Vertrages unterbreitet, in dem festgestellt wird, daß die Oder-Neiße-Linie die Westgrenze Polens ist.

Diese Absicht widerspricht dem bisher vertretenen Standpunkt, daß diese Frage nur von einer gesamtdeutschen Regierung in einem Friedensvertrag geregelt werden kann. Sie verstößt gegen die Zusage, daß keine Entscheidung hinter dem Rücken der Vertriebenen getroffen wird.

Eine vertragliche Festschreibung des Status quo an Oder und Neiße wird von den Vertriebenen als Verrat am Selbstbestimmungsrecht und am Recht auf die Heimat empfunden. ...<<

08.05.1970

BRD: Die Landsmannschaften Ostpreußen und Westpreußen erklären am 8. Mai 1970 (x155/187-188): >>... Die bedingungslose militärische Kapitulation vor 25 Jahren bedeutet nicht Rechtlosigkeit für Deutschland und seine Menschen. Der Tag und die Jahre danach sind vielmehr Zeugnis dafür, wie dem Willen der Deutschen zu einem Neuanfang durch Massenvertreibungen, Annexionen und Teilung des Landes Gewalt angetan wurde. ...

In einer Zeit der Verwirrung, des Mißbrauchs einer allgemeinen Friedenssehnsucht und vager Hoffnungen ist die Besinnung auf eine politische Wirklichkeit und ihre Gefahren dringend geboten. ...<<

27.05.1970

BRD: Der bereits vom Tod gezeichnete CSU-Bundestagsabgeordnete Freiherr von Guttenberg erklärt am 27. Mai 1970 während seiner letzten Rede vor dem Bundestag über die Oder-Neiße-Grenze (x161/14): >>... (Unter der Chiffre der Oder-Neiße) müsse mehr und anderes verstanden werden als bloße Grenzfragen, nämlich verletztes Menschenrecht! ...

Jene, die heute glauben, dieses ganze, große, komplexe Problem der Gebiete jenseits der Oder und Neiße und der Menschen, die von dort stammen - und die dort heute ihre Heimat haben - mit dem gleichen Rezept, mit dem einfachen Festnageln von Grenzpfählen, bewältigen und lösen zu können, die, die so denken, meine Damen und Herren, die denken in alten nationalstaatlichen Schemata.<<

11.07.1970

BRD: Die Zeitung "Bayernkurier" veröffentlicht am 11. Juli 1970 eine Resolution des CSU-Parteitag vom 4.7.1970 (x299/193): >>... 5. Sog. Gewaltverzichtsverträge, die in Wahrheit

der Festschreibung des sowjetischen Besitzstandes dienen, ... sind mit dem Selbstbestimmungsrecht der Deutschen unvereinbar. Sie gefährden darüber hinaus den Frieden, da sie den sowjetischen Imperialismus ermutigen. ...<<

31.07.1970

BRD: Das aktive Wahlalter wird am 31. Juli 1970 durch Grundgesetzänderung auf 18 Jahre reduziert.

01.08.1970

BRD: BdV-Präsident Dr. Herbert Czaja (1914-1997) erinnert am 1. August 1970 an "20 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen" (x155/193-196): >>... Als die Charta verkündet wurde, war dafür die Begeisterung größer als heute. ... In unserer enger gewordenen Welt ist aber die Notwendigkeit gemeinsamer Aufgaben und der Überwindung des gemeinsamen Bedrohtseins in Europa größer geworden; näher aneinandergerückt haben die Völker Technik, Verkehr, Urlaubsreisen, die Jugend, die Mobilität der Menschen.

Gemeinsame Währungs- und Wirtschaftspolitik und politische Abrundung der wirtschaftlichen Gemeinschaft sind die nächsten Aufgaben. Noch aber fehlt es in Europa an der politischen Einigung und an dem notwendigen eigenen, verstärkten und stärker selbstbestimmten Beitrag zur Sicherung der Freiheit und zum wirksamen Dienst an ihrer Verteidigung. ...

Gültig bleibt in dieser Verantwortung, wie sie die Charta betont, auch die Liebe zu unserem Volk und zu unserer Heimat. Auch dies ist heute umstritten, wird belächelt und angeklagt. Ich antworte mit den Worten, die der Regierende Bürgermeister von Berlin am 5.9.1965 gebrauchte:

"Mit Revanchismus hat das Bekenntnis zum Volk, zur Heimat und zum Füreinanderstehen, nichts, aber auch gar nichts zu tun. Wir haben der Gewalt, nicht aber dem Recht abgeschworen."

Und er meinte, daß man sich dabei nicht über die Gesinnung der Vertriebenen kaltschnäuzig hinwegsetzen dürfe, daß es dabei keine Politik des doppelten Bodens mit leeren Versprechungen geben dürfe, sondern nur diese Politik, "für Deutschland und für die Deutschen zu bewahren, was zu bewahren ist". ...

Wir sollten nicht diejenigen, die sich vor 25 Jahren in Potsdam in Europa politisch nicht voll durchzusetzen vermochten, jetzt zu verstärktem politischen Ansehen, Einfluß und Macht verhelfen.

... Nur ein glaubwürdiger, für die Beteiligten tragbarer Ausgleich der Gegensätze ist auch für den Ostblock wirklich befriedigend und sichernd auf Dauer, nicht aber ein Zustand, der dem einen alles nimmt, dem anderen alles gibt. ... Einen dauerhaften Frieden und echtes Vertrauen kann man nicht mit kunstvollen Formeln, sondern nur durch einen gerechten Ausgleich stiften.

... Frieden ist noch nicht dort, wo die Menschen- und Gruppenrechte der Besiegten überrollt werden. Es hat vollends nichts mit Versöhnung und nichts mit Moral zu tun, wenn wegen der auch von uns nicht geleugneten, im deutschen Namen begangenen Grausamkeiten und den Taten nationaler Überheblichkeit konstant andererseits das vielfache Unrecht, das auch an Deutschen von anderen begangen wurde, verschwiegen, dafür aber die widerspruchslose Hinnahme des Unrechts der Vertreibung von Millionen Unschuldiger wegen der deutschen Untaten gefordert wird.

Wir rechnen nicht auf, können und dürfen es nicht. Aber wir werden uns gegen jede Verantwortung der Person zerstörende Kollektivschuldbegründung und gegen völkerrechtlich unhaltbare Bestrafungsthesen wenden.

... Kein normaler Mensch wird, statt die Gesundheit mit vernünftigen Mitteln anzustreben, Krankheit und Unordnung als eine dauernde Realität hinnehmen oder geradezu anpreisen. ...

Wir wiederholen mit Punkt 7 des Memorandums der Deutschen Bundesregierung vom

29.5.1953 an Präsident Eisenhower, einem Memorandum bei Beginn der Erörterungen über die Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland: "Keine deutsche Regierung wird je in der Lage sein, die Oder-Neiße-Linie anzuerkennen. ..."

Kurt Schumacher hat das wiederholt noch schärfer formuliert.

Unser Grundgesetz spricht in Art. 116 klar von Deutschland in den Grenzen von 1937, darauf gründen die Artikel 23 und viele andere Artikel des Grundgesetzes. ...<<

12.08.1970

UdSSR: Bundeskanzler Brandt unterzeichnet am 12. August 1970 den "Moskauer Vertrag". Im Artikel 3 heißt es (x024/268-269): >>Die Bundesrepublik Deutschland und die Union der sozialistischen Sowjetrepubliken betrachten heute und künftig die Grenzen aller Staaten in Europa als unverletzlich, wie sie am Tage der Unterzeichnung dieses Vertrages verlaufen, einschließlich der Oder-Neiße-Linie, die die Westgrenze der Volksrepublik Polen bildet, und der Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. ...<<

Erstmals stellt eine deutsche Bundesregierung die territorialen Veränderungen des Zweiten Weltkrieges nicht mehr in Frage (Gewaltverzicht und Anerkennung der in Europa bestehenden Grenzen).

19.08.1970

BRD: Die BdV-Pressestelle protestiert am 19. August 1970 gegen den Moskauer Vertrag (x155/199): >>... Der BdV ist sich nach wie vor darin einig, daß die Bundesregierung vom Grundgesetz her nicht berechtigt ist, Demarkationslinien und Sperrmauern in Deutschland in einem Vertrag als Grenzen zu bezeichnen. ...

Bindungen, die die Bundesregierung für ganz Deutschland und über die Grenzen und die Selbstbestimmungsrechte anderer eingeht, haben, soweit sie durch das Grundgesetz nicht gedeckt sind, keine Geltung. ...<<

22.08.1970

BRD: Der BdV-Vizepräsident Dr. Herbert Hupka (1915-2006) erklärt am 22. August 1970 (x155/201-202): >>... Gewährt auch unseren Landsleuten all die Menschenrechte, deren Raub die von Hitler unterdrückten Völker mit vollem Recht nicht nur beklagen, sondern bis heute nicht zu vergessen vermögen. Auch Deutsche haben einen Anspruch auf mehr Menschlichkeit, auch und gerade in der Volksrepublik Polen.

... Beseitigt die Schikanen, die einer ungestörten und beschleunigten Aussiedlung immer noch im Wege stehen, so daß es geradezu Mut verlangt, einen Antrag auf Aussiedlung zu stellen. Allein in der Volksrepublik Polen soll es 270.000 ... Antragsteller auf Aussiedlung geben. Wie lange sollen die letzten der 270.000 noch auf die Familienzusammenführung warten, und wann dürfen auch diejenigen endlich einen Antrag einreichen, denen es aus verständlichen Gründen bis heute an diesem Mut gefehlt hat?

... Im letzten Drittel des 20. Jahrhundert geht es nicht mehr darum, Grenzen zu fixieren und zu verewigen, sondern nach vorn aufgeschlossene Politik verlangt, daß Grenzen überwunden, durchlässig gemacht, annulliert werden. Wer Grenzpfähle einrammt, handelt nach der Methode des Nationalismus. Wer Grenzpfähle abbaut, handelt als Europäer.

... Der Status quo, so wie ihn die Sowjetunion festgeschrieben wissen möchte, heißt die Unterdrückung von 17 Millionen in Mitteldeutschland, heißt die Annexion eines Viertels von Deutschland in seinen Grenzen vor Hitler, heißt Schießbefehl und Mauer, heißt Teilung Berlins und ständige Gefährdung ... West-Berlins.

... Der Auftrag an die deutsche Politik, die gehalten ist, jeden Schaden vom deutschen Volk abzuwehren, lautet, den Status quo zu überwinden, sich mit ihm nicht abzufinden. Selbstverständlich scheidet die Gewalt als Mittel der Politik aus. ...

Der Gewaltverzicht kann aber nicht als gleichbedeutend mit einem Rechtsverzicht verstanden

werden. Der Protest und das Aufbegehren gegen das Unrecht und die Gewalt sind nicht als Verhaltensweisen nationalistisch eingestellter Bürger zu verurteilen, sondern zu verstehen als das demokratisch fundierte Nein zu all dem, was Diktaturen in brutaler Weise an sogenannten Realitäten geschaffen haben. ...<<

05.09.1970

BRD: BdV-Präsident Dr. Czaja (1914-1997) berichtet am 5. September 1970 in Berlin über die Lage der Vertriebenen nach "25 Jahren Vertreibung aus der Heimat" (x155/202-208): >>...

Wir bedauern es sehr, daß Leute behaupten, der BdV bekämpfe die Sicherung des Friedens. Den rechten Weg zur Sicherung des Friedens hat niemand allein für sich gepachtet! Die organisierten Vertriebenen haben durch Jahrzehnte dem Frieden und nicht dem Unfrieden im Volk, im Staat und in dieser Stadt gedient. ...

Die Vertriebenen haben, zu 2 Dritteln noch arbeitslos, schon 1950 in der Charta der deutschen Heimatvertriebenen feierlich Haß und Rache abgeschworen, Versöhnung und Verzicht auf Gewalt bei Durchsetzung des Rechtes vertreten. Die heute meinen, allein der Sache des Friedens und der Versöhnung zu dienen, hörte man damals noch nicht. Allerdings bezeichnen wir es auch nicht als Frieden, wenn dem einen alles genommen, dem anderen alles gegeben und dieses sogar noch verbrieft wird.

Mit Revanchismus hat das Bekenntnis zum Volk, zur Heimat und zum Füreinanderstehen ... gar nichts zu tun. ... Wir haben keinen überheblichen Nationalismus - weder einen isolierten noch einen im Windschatten anderer Mächte - vertreten; wir wirken und sprechen für Europa. Deshalb wehren wir uns leidenschaftlich gegen Unterstellungen und Pauschalverdächtigungen. ...

Die Vertriebenen werden sich durch derartige Diffamierungen mitten im eigenen Volke nicht an den Rand der Gesellschaft und des Staates drängen lassen. Es ist die demokratische Pflicht der amtlichen Organe dieser Stadt auch für die Würde und den guten Namen aller Bürger, insbesondere derer einzutreten, die mit am schwersten an den Folgen des Krieges zu tragen haben! ...

Wir danken jenem Teil der Massenmedien und Kommentatoren, die uns positiv und kritisch begegnen. Die aber ständig auf der Jagd nach Gründen der Diffamierung sind, helfen nicht, Wunden zu heilen. Sie tragen vielmehr die Verantwortung für neues Mißverstehen und neue Verketzerung. ...

Wer die Heimat verloren hat, die formende und gewohnte Umgebung, Wege, Jugenderlebnisse, die Formung durch Landschaft, Familie und Nachbarn, gesellschaftliche Bindungen, Habe und Besitz, wer erlebt hat das Herausgerissensein aus Landschaft und Erlebnissen, die das Wachstum und das Leben geprägt haben, der weiß, was Heimat bedeutet. Es ist hier so wie mit vielen Selbstverständlichkeiten. Erst der Kranke zum Beispiel weiß um den Wert der Gesundheit. Auch Gefühle und Bindungen prägen den Menschen; wenn sie eingeordnet sind in die Kräfte der Person, sind sie in dieser Einordnung nichts Schlechtes. Wir schämen uns dieser Empfindungen und Gefühle nicht.

Keine Organisation kann so viele Menschen zusammenführen wie wir auf unseren Treffen. Bei Kritik an Überbetonungen darf man das Schicksal der Betroffenen nicht übersehen. Mit großer Entschiedenheit wehren wir uns gegen das hämische Abwerten der Gefühle und Meinungen, vor allem auch älterer Menschen. Auch sie sind vollwertige Glieder unserer Gesellschaft und haben Anspruch auf Achtung ihrer Empfindungen. Wir sind deshalb nicht bereit, sie verspotten und beiseitedrängen zu lassen. ...

Mit gleicher Leidenschaft ringen wir aber auch um die Meinung der Jugend. Sie ist nicht durch gefühlsmäßige Erlebnisse aus unserer Heimat geformt. Viele wissen aber mehr um das Land der Väter als die Nachkommen von Eltern, die in anderen geschichtlichen Räumen lebten. ...

Insbesondere in den noch in unserer Zeit gesellschaftsformenden Gesinnungsgemeinschaften fragen viele junge Menschen im dritten Lebensjahrzehnt, wenn sie beruflich Fuß gefaßt haben, nach dem Woher und Wohin ihrer Eltern, aber auch ihres eigenen Weges. Auch im Zeitalter der Weltraumfahrt kann man aus der Geschichte nicht aussteigen. Aus der Tradition schreitet man vorwärts nach den Grenzen des Lebens, und die Tradition wirkt bei dem einen stärker, bei dem anderen schwächer, auch in die Gegenwart hinein. ...

... Aus diesen 800 Jahren der Geschichte kann man in 25 Jahren nicht aussteigen. Diese Mitwirkung an der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Gestaltung schafft geistigen Besitz, auf den man bei rechtem Erwerb ebenso ein Eigentumsrecht im Rahmen des Gemeinwohls hat wie auf einen materiellen Besitz, den man weiterreichen kann an Erben, als Besitz und Aufgabe der Mitgestaltung. ... Die Lücken, die das Grauen der Kriegs- und Nachkriegszeit gerissen hat, sind nicht geschlossen. ...

Zur Pflege des Heimatbewußtseins gehören das Bekenntnis und die Verteidigung des Rechts auf die Heimat. Wir wehren uns leidenschaftlich dagegen, aus der Vertriebenen-Organisation Vereinigungen musealer Art, Vereine zur Pflege der Vergangenheit zu machen.

Wenn wir für das Recht auf die Heimat eintreten, sind wir keine Romantiker. ... Die allgemeine Erklärung der Menschenrechte durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen vom Dezember 1948 ist aus der Erfahrung der bitteren Leiden von Millionen von Menschen und nicht aus romantischen Illusionen heraus verfaßt worden. ... Nach Artikel 9 darf niemand seines Landes und seiner Heimat willkürlich verwiesen werden. ...

Wir wissen, daß um die Verwirklichung von Recht und Gerechtigkeit mit friedlichen Mitteln gerungen werden muß. ...

Wir sind nicht die ewig Gestrigen. Gerade deshalb sind wir der Meinung, daß man nicht mit Formeln, mit Papieren, mit der Verschleierung von Unrecht und Gegensätzen einen dauerhaften Frieden schaffen kann.

... Das Grauen der Vergangenheit muß uns alle geläutert haben. Man kann nicht nur von Verbrechen der Deutschen sprechen und über die Verbrechen an Deutschen eine Verschwörung des Schweigens breiten. Wir werden unsere Rechte und die Freiheit der Deutschen wie der Europäer mit allen legalen politischen Mitteln verteidigen und für die Wahrung des Grundgesetzes wie des Völkerrechts alle legalen Mittel ausschöpfen.

... Soweit unsere Bewegungsfreiheit und unsere Kräfte reichen, auch dann, wenn man uns darum diffamiert oder zu unterdrücken versucht, werden wir einzeln und soweit es geht in Gemeinschaft, nicht aufgeben, im Dienste für die Freiheit der Deutschen und aller Europäer einzustehen ...<<

13.09.1970

China: Das chinesische Parteiorgan "Jen Min Jih Pao" berichtet am 13. September 1970 über den "Moskauer Vertrag" (x299/159): >>Wenn man die objektiven Tatsachen aus dem Text herausanalysiert, wird man klar erkennen, daß dieser Vertrag einen ungeheuren Verrat an den Interessen der Völker Deutschlands, der Sowjetunion und Europas durch die sowjet-revisionistische Führungselite darstellt.

Es ist ein ungeheurer Schwindel, der den aggressiven Charakter des sowjet-revisionistischen Sozialimperialismus und des westdeutschen Militarismus mit dem Mantel des Friedens verhüllen soll. ...<<

04.10.1970

BRD: Der Kongreß der ostdeutschen Landesvertretungen verurteilt am 4. Oktober 1970 die Ostpolitik der SPD/FDP-Regierung (x155/209-210): >>... Der Moskauer Vertrag vom 12. August 1970 und die Angebote an Ost-Berlin und Warschau sind Ausdruck einer Deutschlandpolitik, die sich mit der Feststellung von "Realitäten" begnügt, anstatt sie mit friedlichen Mitteln zu verändern, die damit die Massenvertreibungen, die Annexionen deutschen Staats-

gebietes, die Teilung Deutschlands, die Mauer in Berlin und die Unfreiheit in Mitteldeutschland legalisiert, die das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen zwar für unverzichtbar erklärt, trotzdem aber, und ohne Befragung der betroffenen Menschen, die Demarkationslinien an Elbe-Werra, Oder-Neiße und quer durch Ostpreußen zu Staatsgrenzen erhebt, Deutschland also auf die Bundesrepublik beschränken und etwa die Hälfte seines Gebietes – mit den deutschen Bürgern dort – zum Ausland machen will, ...

die Entspannung und Frieden dadurch verheißt, daß die eigenen Rechte Deutschlands und seiner Bürger als bloßer "Formelkram" begriffen werden, ihre Preisgabe aber durch formellem völkerrechtlichen Vertrag bestätigt ...

Recht und Freiheit, Sicherheit und Frieden sind für Deutschland gefährdet, wenn sich nicht jeder Deutsche zur Schicksalsgemeinschaft unseres Volkes bekennt. Wer Vorteile zu gewinnen glaubt, indem er die Rechte seiner Mitbürger aufgibt, opfert Menschenwürde, Selbstbestimmung, freiheitliche Ordnung und die Einheit der Nation.

Der Weg nach Europa zu einer Friedensordnung und zu internationalem Vertrauen führt nur über Selbstachtung und Standfestigkeit, nicht jedoch über die Preisgabe menschlicher und staatlicher Rechte. ...<<

05.11.1970

Polen: Bundesaußenminister Walter Scheel erklärt am 5. November 1970 in Warschau (x028/169): >>Die Bundesregierung kann nur die Bundesrepublik Deutschland verpflichten. Ihrem Handeln sind rechtliche Grenzen gesetzt. Es gibt keinen Friedensvertrag, und so lange es keinen Friedensvertrag gibt, können die Rechte der Vier Mächte durch bilaterale Verträge nicht berührt werden.

Unser polnischer Partner weiß, daß wir einen gesamtdeutschen Souverän nicht präjudizieren können. ...<<